

An
den Bürgermeister
der Stadt Horstmar

Herrn Robert Wenking

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Rat der Stadt Horstmar

Annette Sonneborn
Nina Liebing
Dr. Reinhard Stahl
Dr. Dirk Klein-Bölting (Sprecher)

Theodor-Crins-Weg 23
48612 Horstmar
02558 – 98932
Horstmar, 10. Juni 2024

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sich der Trierer Erklärung anzuschließen

Begründung:

Viele Kommunen, Kreise und Verbände in Deutschland unterstützen bereits die „Trierer Erklärung“. Die Stadt Münster und der Kreistag in Steinfurt sind der Erklärung bereits im April 2024 gefolgt. Mit der Unterzeichnung der Resolution wollen Politik und Verwaltung gemeinsam ein starkes Signal gegen Extremismus und Ausgrenzung und für Demokratie und Menschenwürde senden. Gerade die Wahlergebnisse zur Europawahl haben auch in Horstmar das erschreckende Erstarken der AfD deutlich gemacht, dem wir als Stadt ein deutliches Zeichen entgegensetzen sollten.

Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages:

Das jüngst bekannt gewordene Treffen von AfD-Funktionären mit Mitgliedern der Identitären Bewegung und die dort diskutierte Deportation von Millionen Menschen aus Deutschland hat uns alle schockiert. Wir nehmen es nicht hin, dass rechtsextreme Kräfte eine Atmosphäre der Verunsicherung, der Angst und des Hasses in unserem Land und in unseren Städten schüren. In unseren Städten leben Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen – als Nachbarinnen und Nachbarn, als Kolleginnen und Kollegen, als Freundinnen und Freunde, als Familie. Das ist die Lebensrealität in unseren Stadtgesellschaften. Das macht unsere Städte aus. Unsere Städte gehören allen Menschen, die hier leben. Wir akzeptieren nicht, dass Bürgerinnen und Bürger, dass Familien, dass sogar Kinder in unseren Städten Angst davor haben müssen, von hier vertrieben zu werden. Unterschiedliche Meinungen, unterschiedliche Bewertungen politischer Themen, auch unterschiedliche Positionen zur Migrations- und Asylpolitik sind Teil unserer Demokratie. Demokratie braucht Auseinandersetzung, Demokratinnen und Demokraten müssen auch

Streit aushalten und Widerspruch akzeptieren. Was wir nicht akzeptieren, ist, wenn der Kern unserer Verfassung und die Basis unseres Zusammenlebens angegriffen wird: die Würde des Menschen. Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat müssen immer wieder neu verteidigt werden. Eine wehrhafte Demokratie lebt von einer aktiven und wachen Zivilgesellschaft vor Ort. Das haben Zehntausende Menschen in den vergangenen Tagen in unseren Städten deutlich gemacht. Die Menschen, die aktuell gemeinsam auf die Straßen gehen, um Farbe zu bekennen für Demokratie und Menschenwürde, senden ein klares Signal der Solidarität – und gegen die Spaltung unserer Stadtgesellschaften.

Dr. Dirk Klein-Bölting
(Fraktionssprecher)

Annette Sonneborn

Nina Liebing

Dr. Reinhard Stahl